

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für ein Monat. Publikationsort: Nr. 2385 „Sozialistischer Verlag“ e. V. u. b. V., Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 9637.

Dienstag, 8. März 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 0,10 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gespaltene oder deren Raum im Text 3.- Mk.

## Graf v. Pfeil's Geständnis.

Die Spigelgesellschaft „Oculus“ arbeitet für die Direktion der L.-H.-W. — Eine Reichsorganisation. — Der Oberst Krampf. — Wo bleibt die Betriebsversammlung?

Wir haben am Freitag vergangener Woche Einzelheiten darüber veröffentlicht, wie die Direktion der L.-H.-W. systematisch ehemalige Offiziere in den Betrieb hineinschiebt. Auffällig ist, daß die „Volkswacht“ bisher kein Wort dazu gesagt hat. Der Betriebsrat der L.-H.-W. soll, wie uns mitgeteilt wird, jetzt Untersuchungen angestellt haben. Wie lange sollen diese Untersuchungen dauern? Wo bleibt die Betriebsversammlung? Will etwa die rechtssozialistische Mehrheit des Betriebsrates ebenso die Sache verschweigen wie die „Volkswacht“? Will man etwa die Einstellung von Offizieren unter dem Gesichtspunkt der Rechtmäßigkeit, statt unter dem Gesichtspunkt, welche ungeheure Gefahr diese weißen Bestien für die Belegschaft sind, behandeln? Die Arbeiterschaft der L.-H.-W. darf nicht schweigen. Sie muß vom Betriebsrat klare eindeutige Antworten auf diese Fragen verlangen.

Sie muß fordern:

1. Die sofortige Einberufung einer Betriebsversammlung unter Hinzuziehung je eines Vertreters der Arbeiterparteien;
2. den sofortigen Abbruch aller Beziehungen der Direktion zu der Spigelgesellschaft „Oculus“;
3. die sofortige Entlassung aller in den Ueberwachungsdiens eingestellten Offiziere, insbesondere des Oberst Krampf;
4. die sofortige Entlassung des im Hauptmagazin tätigen Hauptmanns a. D.

### Das Geständnis des Grafen v. Pfeil.

Inzwischen hat uns der Leiter der Spigelgesellschaft „Oculus“ „zur Richtigmstellung“ eine Erklärung zugesandt. Sie lautet:

„Zur Richtigmstellung der in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 4. März über die „Oculus“ Deutsche Industrieüberwachung verbreiteten Behauptungen gebe ich folgende Erklärung ab: Die „Oculus“ will zur Bewandung des Wirtschaftslebens und damit zum Wohlergehen des Vaterlandes beitragen. Sie will die Arbeiterschaft vom Verbrechen trennen. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf die Bewandung industrieller Unternehmungen mit zuverlässigen, gut bezahlten Wächtern, und auf die Arbeit von Ermittlungsbeamten, welche die Diebstahlsfälle aufsuchen, um hier die unzuverlässigen Elemente, Schleichhändler und Schieber aufzufinden, durch deren Gewissenlosigkeit das Wirtschaftsleben und damit die Arbeiterschaft selbst gefährdet wird. Jegliche Beschuldigung der ordnungliebenden Arbeiterschaft verwerfen wir ausdrücklich. In engerer Fühlung mit den Vertretern der Arbeiterschaft suchen wir unter Ausschaltung jeglicher Interessenspolitik und gemeinsam in dem Kampfe gegen Verbrechen- und Schiebertum zu finden.“

grz. Graf von Pfeil

Vorstand der „Oculus“

Deutsche Industrieüberwachung A. G., Breslau.

Diese Erklärung ist Wort für Wort der kräftigste Beweis für das, was wir über die „Oculus“ gesagt haben. Denn abgesehen von dem Versuch, den alle Orgeschorganisationen machen und den kein Arbeiter ernst nimmt, sich vor der Öffentlichkeit als harmlos und sozial darzustellen, wird in dieser Erklärung nichts „richtig“ gestellt. Es wird erstens nicht bestritten, daß die „Oculus“ im Dienste der Direktion der L.-H.-W. unter dem L.-H.-W. Arbeitern ihre Spigelhandwerk betreibt und zweitens nicht abgestritten, daß die „Oculus“ im Betriebe Provokateure hat, die die Arbeiter zu Diebstählen verleiten sollen und drittens nicht abgestritten, daß die „Oculus“ 10 Prozent vom Wert der beschlagnahmten Waren erhält und deshalb ein Interesse daran hat, daß möglichst viel gestohlen wird. Das, was man angeblich bekämpfen will, wird also gefördert.

Ohne Zweifel steht jetzt fest, daß die „Oculus“ in Wirklichkeit eine Spigelorganisation zur Beschuldigung der revolutionären Arbeiter ist, die gleichzeitig versucht, die Arbeiter dadurch brotlos zu machen, daß sie sie unter Ausnutzung der Notlage des Proletariats von Provokateuren zu Diebstählen verleiten lassen will.

Aus der Firmierung der „Oculus“ auf ihren Briefbogen geht auch hervor, daß es sich bei ihr um eine Organisation handelt, die sich über das ganze Reich ausdehnt oder ausdehnen versucht.

Zu der Behauptung des Pfeil, er betreibe sein Orgeschhandwerk „in engerer Fühlung mit den Vertretern der Arbeiterschaft“, erwarten wir von den Gewerkschaften eine klare Erklärung, daß sie nichts damit zu tun haben.

### Der Oberst a. D. Krampf.

Uns wird mitgeteilt, daß der Oberst a. D. Krampf gegenüber dem Betriebsrat den aus Not arbeiten müßenden spielt. Selbst wenn das wahr wäre, dürfte es die Arbeiterschaft nicht zulassen, daß ein Offizier Leiter des Ueberwachungsdiens wird oder irgend einen anderen Posten im Betriebe einnimmt. Die bürgerliche Klasse mag sehen, wo sie ihre arbeitslosen Offiziere unterbringt, aber die Arbeiterschaft muß verhindern, daß die Offiziere in die Betriebe hineingeschoben werden, wo sie Stützpunkte der Orgeschorganisationen und im gegebenen Moment der Arbeiterschaft an die Gurgel springen werden.

Weim Oberst Krampf liegt aber nicht Not vor. Er bekommt 20 000 Mark Pension und kann es sich erlauben, seine Frau zur Erholung nach Italien zu schicken, was darauf schließen läßt, daß er noch andere Einkünfte hat. Arbeiter, wacht auf! Faßt den Willen zur Tat, sonst wächst euch die Gegenrevolution über den Kopf!

## Die SPD.-Führer in der „nationalen Einheitsfront“.

In London wird die internationale Front der kapitalistischen Ausbeuter hergestellt. Auf beiden Seiten ist ein Feilschen und Handeln. Das Objekt dieses Verhandels ist das deutsche Proletariat. Die deutsche Bourgeoisie inszeniert einen großen Entrüstungsrummel mit dem Ziel, die gesamte deutsche Bevölkerung zusammenzuführen gegen die „Versklavung Deutschlands“.

Diese nationale Einheitsfront zur Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse ist perfekt. Sie ist nicht nur unter den bürgerlichen Parteien zustande gekommen, sondern die Rechtssozialisten sind, wie nicht anders zu erwarten, mit fliegenden Fahnen in das Heerlager der nationalistischen Meute marschiert. Nach anfänglichem Zögern auch Crispian-Gilferding.

Die Kommunisten stellen den Forderungen der Entente, die die vollständige Vereindung Deutschlands und Europas bedeuten, und die nach Feilschen und Zammern von den deutschen Bourgeois doch bewilligt und dann auf die Schultern des Proletariats umgelegt werden, ihre revolutionäre Forderung: engstes wirtschaftliches Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjet-Rußland, Umstellung der kapitalistischen in die kommunistische Bedarfswirtschaft, entgegen. Sie wurden, als sie ihren Forderungen im Parlament Nachdruck verleihen wollten, von der gesamten nationalistischen Gesellschaft unter Führung ihres Leitwamels, des Reichstagspräsidenten Lobe, niedergebrellt. Diese elende Verhöhnung der Stimme großer Arbeitermassen durch das Reichsparlament muß den Massen zeigen, daß sie ihre Interessenvertretung bei denen suchen müssen, die immer wieder den Versklavungsbestrebungen der internationalen Ausbeutergesellschaft entgegenstellen die internationale Solidarität des Proletariats.

Die nationale Einheitsfront der Bourgeois mit den Rechtssozialisten und den Gewerkschaftsbürokraten kommt aber noch besonders kraft zum Ausdruck bei dem ober-schlesischen Abstimmungsrummel. Rechtssozialisten von Deutschland und Polen nehmen für diese Tätigkeit Bestechungsgelder der ober-schlesischen Großagrarier und Grubenbarone. P.S. und S.P.D., beide Mitglieder der 2. Internationalen, liegen sich in dem Haaren. Die Nutznießer der heutigen Gesellschaftsordnung halten sich zurück, um dann, gleichviel wie die Abstimmung ausfällt, die Ausbeutung der Arbeiter weiter in verstärktem Maße fortzusetzen.

Vergangene Woche rief anlässlich einer Demonstration für ein deutschnationales Oberschlesien in Breslau der A.D.S.B. im Verein mit den bürgerlichen Organisationen Seite an Seite mit dem Bürgerrat, zur Teilnahme auf. In dem Demonstrationzuge marschierten dicht hinter den in vollem Wicks in ihren Droschken sitzenden reaktionären Studenten die Vertreter der freigeorganierten Arbeiter. Bourgeoisbüchsen, die Repräsentanten der Marburger Mörder, der Anloobestien, Arm in Arm mit den Arbeitern, auf deren Rücken noch vor einem Jahr die Knüppel dieser Helden herumgetragen sind.

Die Leute des A.D.S.B. übertreffen sich selbst in ihrem Euanthentum. Legien erklärte im August 1914, daß die vitalen Interessen der deutschen Arbeiter verlangen, daß keine Gebiete von Deutschland abgetrennt werden, daß Deutschlands Arbeiter nicht jahrelang unter dem Joch der Kriegskontributionen seufzen dürfe. Sie gehen aber noch weiter mit den annexionsstischen Kriegsparteien, nachdem die deutsche Erobererpolitik schon offenkundig war. Sie sind direkt mitschuldig an der Verlängerung des Krieges und damit an dem Elend, das jetzt über dem deutschen und europäischen Proletariat lastet. Und jetzt machen sie sich aufs neue schuldig am internationalen proletarischen Klassenkampf, indem sie in der Frage Oberschlesien die Arbeiter aufs ärgste nationalistisch gegeneinander hetzen. Sie treten ein für die Ausbeutung der ober-schlesischen Bergarbeiter und Landarbeiter durch die deutschen Dividenden-schlucker. Sie wollen nicht kämpfen gegen die Ausbeuter, ob polnisch oder deutsch.

Die Massen der ausgehungerten und ausgemergelten Reichsden, die jetzt hinter dem Dreck der Droschken hermarschieren, in denen die Vertreter der Mörder ihrer Brüder sitzen, müssen einsehen und lernen, daß sie verraten sind.

Sie müssen die Gewerkschaftsführer, die sie verraten, beseitigen.

Sie müssen arbeiten, daß die Gewerkschaften revolutionäre Kampforgane der Arbeiter werden.

Die Frage des Wiederaufbaus in Europa, aber die man jetzt in London verhandelt, und die ober-schlesische Frage können beide im proletarischen Sinne nur gelöst werden vom Proletariat selbst durch die proletarische Revolution. Nicht in nationalen Fronten wird der Kampf um eine den Interessen des Proletariats entsprechende Lösung

## Die Massen müssen auf den Plan treten.

Die Parlamentsschmödie von vorgestern ist über-trumpft worden durch die Parlamentsschmödie von gestern. Die Erklärung des Reichskanzlers Fehrenbach ist völlig nichtsagend. Sie läßt dem Klüngel der sachverständigen Ausbeuter, der hier in Berlin wie in London die Säden zieht, volle Freiheit, zu tun, was ihnen beliebt. Diese Erklärung ist eine schallende Ohrfeige für das Parlament, aber auch für die Massen, die in diesem Parlament noch ihre Vertretung erblicken.

Die Erklärungen der bürgerlichen Parteien, der Sozialpatrioten und der Unabhängigen stimmen, soweit sie sonst auseinander gehen mögen, alle darin überein, daß die breiten Massen wie die dummen Jungen zusehen sollen, was Herr Sinnes und seine Beauftragten über sie beschließen werden.

Der Schacher um die Haut der deutschen Arbeiter geht also weiter. Wie viele solcher Ohrfeigen werden die Massen noch kumm einstecken.

Wie lange noch werden sie durch Stillschweigen, durch Passivität die Schachergeschäfte ihrer Ausbeuter decken?

Wie lange noch werden sie den krummen Chor bürgerlicher Regierungen bilden.

Bleiben sie weiter kumm und still, so werden doppelt Sklavenketten um ihren Nacken gelegt werden und es wird mit ihrer Zustimmung geschehen. Jetzt oder nie müssen die arbeitenden Massen selbst auf die Bühne treten, selbst sprechen, selbst handeln. Jetzt oder nie müssen sie einen eigenen Willen haben.

Jetzt oder nie müssen sie eine Kampffront bilden gegen ihre Ausbeuter. Proletarier, heraus!

### London.

Paris, 6. März. Wie einem Bericht der „Agence Havas“ aus London zu entnehmen ist, fand gestern vormittag bei Lord Curzon eine Unterredung zwischen Dr. Sinnes und dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten statt. Am Nachmittag trafen die englischen, französischen und belgischen Sachverständigen mit den deutschen zusammen. Gegen Abend begab sich Briand in Vertretung Lloyd Georges, der nach Chequers gefahren war, um das Wochenende bei der Familie zu verbringen, zum Grafen Sforza. Die deutsche Abordnung hielt in den ersten Abendstunden eine Sitzung ab. Es heißt in dem Havasbericht noch, während man in englischen und italienischen Kreisen optimistischer gestimmt sei, sei man auf französischer Seite misstrauischer hinsichtlich des Ausgangs der Besprechungen.

### Die Verhandlungen abgebrochen.

London, 7. März, mittags 1/2 Uhr. (Z.-M.) Es wird folgende amtliche Note verbreitet: Die Alliierten haben in vollem Einvernehmen beschlossen, die deutschen Vorschläge als unannehmbar zu betrachten. Die Verhandlungen sind daher abgebrochen.

Die Alliierten haben außerdem beschlossen, der deutschen Delegation ihre Absicht bekannt zu geben, die Sanctionen zu verschärfen.



# An die Oberschlesier!

## Arbeitende in Stadt und Land!

Die deutsche Regierung und die in ihrem Dienst stehenden Vereine entfalten eine lebhafteste Agitation unter Euch, die jede „amerikanische Propaganda“ in den Schatten stellt. Sie will Euch für die Abstimmung in Oberschlesien gewinnen. Ihr soll Oberschlesien für die deutschen Kapitalisten retten. Nach dem famosen Friedensvertrag von Versailles soll durch die Abstimmung entschieden werden, ob Oberschlesien beim Deutschen Reich bleibt oder zu Polen geschlagen wird. Liegt die Entscheidung über Oberschlesien wirklich in Eurer Hand?

Die Entente hat das kapitalistische Polen geschaffen als einen Schutzwall gegen den Bolschewismus. Polen in seiner jetzigen Gestalt kann aus eigener Kraft nicht leben, seine Industrie ist zerstört, seine Landwirtschaft liegt im Argen. Was der preussische Kaiserstiefel im Kriege nicht zertrampelt hat, das verwüstet heute das habgierige Junkertum. Die polnischen Arbeiter leben in Hunger und Not, sie leiden unter einer furchtbaren Arbeitslosigkeit. Das Landproletariat schmachtet unter der Knechtel Schlämmer als zur Zeit des Parismus. Da sucht Polen seine letzte Hoffnung in der Angliederung hochentwickelter Industriegebiete. Oberschlesien soll den unausbleiblichen Bankrott Polens aufhalten. Der polnische Kapitalismus streckt seine Klauen nach dem ober-schlesischen Industriegebiet, damit das ober-schlesische Proletariat in Stadt und Land in Zukunft Tag für Tag arbeite und frone für die polnischen kapitalistischen Banditen, so wie sie bis heute den deutschen Kapitalisten Fronddienste leisten mußten.

Dagegen will die deutsche Bourgeoisie nicht auf ihre ober-schlesischen Sklaven verzichten. Gehörten doch gerade die ober-schlesischen Arbeiter zu denen in Deutschland, die sich am billigsten und willigsten ausbeuten ließen, die am längsten arbeiteten für den geringsten Lohn.

Die deutschen Unternehmer in Oberschlesien haben die polnisch sprechenden Arbeiter schamlos ausgebeutet, schamlos mißhandelt. Sie haben die polnischen Arbeiter in Not und Elend und Unwissenheit erhalten. Sie haben den polnischen Arbeitern ihre Muttersprache verboten, die Schulen zu deutsch-nationalen Bruchstätten gemacht. Sie haben die polnisch sprechende Bevölkerung aus ihren Häusern verdrängt.

## Die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Oberschlesier! Jetzt denkt diese Regierung an Euch. Jetzt steht sie um Eure Hilfe. Jetzt verspricht sie Euch goldene Berge, die zu erfüllen sie gewiß am Tage ihres Sieges vergessen wird.

Oberschlesier! Ihr habt weder von der polnischen noch von der deutschen Regierung, die nur die Handlanger ihrer Unternehmer und Kapitalisten sind, für Euch einen Vorteil zu erwarten. Beide streiten sich heute um Euren Besitz, um Eure Arbeitskraft, um Euren Knochen. Beide stehen am Rande des Bankrotts. Am Bankrott stehen die Ententestaaten, die jetzt in London phantastische Forderungen an Deutschland stellen, um den drohenden Staatsbankrott und die Wirtschaftskrise aufzuhalten, in deren Gefolge die Stimmung in der Arbeiterschaft immer revolutionärer wird.

So groß ist dieser Bankrott bereits, daß diese Staaten nicht einmal ihren Verbündeten, das Polen der Junker und Kapitalisten, vor dem Zusammenbruch retten können.

Am Bankrott steht ebenfalls das kapitalistische Deutschland, dem jetzt in London das Messer der Entente an die Kehle gesetzt wird, das sich dieses Messers nicht erwehren kann und das unter dem Doppelschloß der deutschen und der fremden Ausbeuter unausweichlich dem völligen Zerfall zugeht, wenn nicht die starke Faust des Proletariats den Kapitalisten die Zügel aus den Händen nimmt.

Eure Arbeitskraft soll beide retten, die polnischen und die deutschen Kapitalisten und Junker. Darum sagen wir: Tretet nicht auf die Seite Eurer Feinde, stimmt nicht für das Deutschland, stimmt nicht für das Polen der Kapitalisten und Junker! Kämpft gegen beide, bis sie besiegt am Boden liegen. Kämpft für Eure Befreiung von den deutschen und polnischen Unterdrückern. Kämpft für die Macht der Arbeiter und Bauern in Stadt und Land!

Nieder mit den Kapitalisten Deutschlands!

Nieder mit dem kapitalistischen Polen!

Nieder mit dem Plebiszitschwindel in Oberschlesien!

Es lebe der Kampf des Proletariats!

Es lebe die freie Räterepublik der Arbeiter und Bauern!

Es lebe die Weltrevolution!

dieser Fragen ausgeprochen werden; das deutsche und polnische Proletariat muß in einer internationalen Kampffront aufmarschieren gegen deutschen und polnischen Kapitalismus, für ein Rätedeutschland, Rätepolen und Räteoberschlesien. In diese internationale Kampffront reihen sich neben den deutschen und polnischen auch die französischen, englischen, italienischen, kurz, die Arbeitermassen aller Nationen ein. Nicht mit den weißen Korpskriegern, den Mörderbrüdern seiner Brüder, darf der Arbeiter demagogisieren; er muß jetzt mit seinen Klassengenossen, ganz gleich welcher Nation, zu revolutionärem Kampf aufmarschieren.

## Politische Uebersicht.

### Der Stettiner Generalstreik durch den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie zusammengebrochen.

Eigenbericht der „Schlesischen Arb.-Blg.“

Die systematische Sabotage des Generalstreikbeschlusses zeigte bereits am Freitag früh ein. Kländer vom Fabrikarbeiterverband rief eine Anzahl Vertrauensleute zusammen, bearbeitete sie gehörig, so daß ein streng vertrauliches Rundschreiben beschlossen und versandt wurde, demzufolge der Fabrikarbeiterverband eine Beteiligung am Generalstreik ablehnt. Solbt vom Brauerei- und Mühlenarbeiterverband, der in der Sitzung der Gewerkschaftsvorstände am Mittwoch lebhaft für den Generalstreik eintrat, ordnete im Laufe des Freitags an, daß nachmittags 4 Uhr, also 4 Stunden nach dem festgesetzten Streikbeginn, eine Urabstimmung in den Betrieben stattzufinden habe. Andere Gewerkschaftsvertreter erklärten auf die zahlreichen Anfragen, was nun geschehen solle, die Organisation müsse es den einzelnen Mitgliedern selbst überlassen, was sie tun wollten.

Diese Hinterhältigkeit der Stettiner Gewerkschaftsbürokratie, die am Mittwoch den Generalstreikbeschluss sagte, hat in den Reihen der Arbeiterschaft selbstverständlich die größte Verwirrung angerichtet, so daß der Streik am vorgesehene Freitag nachmittag nicht so einsetzte, wie es notwendig war, um ihn zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Dieses Treiben der Gewerkschaftsbürokratie wurde nach Kräften durch den rechtssozialistischen „Volksboten“ unterstützt. Ueber die große von etwa 2000 Teilnehmern besuchte Juntunärrversammlung brachte der „Volksbote“ einen vollkommen verzerrten Bericht. Die von einem brutalen Unternehmertum aufs Pflaster geworfene Nullam-Arbeiterschaft sieht durch den unerhörten Verrat der Gewerkschaftsbürokratie, die — wir betonen das nochmals — erst den Generalstreik proklamierte, um ihn sofort abzuwürgen, vollkommen isoliert da. Wir zweifeln nicht daran, die Stettiner Arbeiterschaft wird aus dieser offenen Solidarifizierung der Gewerkschaftsbürokratie mit dem brutalen Unternehmertum die notwendigen Konsequenzen ziehen, sie wird diese Verräter unbarmherzig zur Verantwortung ziehen.

### Das Schandurteil von Kassel.

Kassel, 5. März. In dem vor dem hiesigen Sondergericht verhandelten Kommunistenprozeß wurde heute nach vierzehntägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Es lautet für Ringwälder auf 9 Monate Gefängnis, die Angeklagten Schröder und Zähler auf je 4 Monate und Harbich und Rabitsch je 2 Monate Gefängnis. Allen Angeklagten wird 1 Monat Untersuchungshaft angerechnet. Die Angeklagten Lohagen und Küster wurden freigesprochen. — Nach der Urteilsverkündung hatten sich vor dem Gerichtsgebäude einige hundert Personen mit einer roten Fahne zu einer Demonstration eingefunden, die ohne Bedeutung war.

Die weiße Justiz hat ihr Opfer gefordert. Das Beweismaterial, eifrig zusammengelauht aus haltlosen Spitzel-meldungen, ist im Laufe des Prozesses in ein Nichts zusammengeschrumpft. Was der Prozeß enthielt, war nicht das Benehmen einer roten Armee, sondern das Benehmen eines weit verärgerten, verärgerten Spitzelsystems gegen das Proletariat. Die weiße Justiz konnte auf das sadenschemige Anlagematerial hin die Opfer, die sie in den Strahlen hatte, nicht nach ionischem Brauch ins Jagdhaus bringen. Daß in diesem Prozeß überhaupt Strafen verhängt worden sind, dient lediglich dem Zweck, um die ungeheure Blamage zu verhüllen, die sich das deutsche Justizwesen mit diesem als Hauptkammer angeordneten Sensationsprozeß zugezogen hat.

Die Demonstration der Arbeiter vor dem Gerichtsgebäude spricht an, daß das Proletariat sich durch diesen Prozeß aufs schärfste provoziert fühlt. Die Staatsanwälte und Richter können wohl ein paar Arbeiter aus ihrer Familie herausstreifen und hinter Kerkermauern werfen. Die proletarische Revolution werden sie damit nicht aufhalten, sondern nur beschleunigen.

### Der Arbeitermörder von Jagow läuft frei herum.

Wir berichten kürzlich von einem Baltischer Gustav Krüger, der als Ordnungswächter der „Arbeitsgemeinschaft Rogbach“ angeheuert, auf dem Rätegut Jagow bei Bernau in Pommern des Herrn von Schröder untergebracht ist und einen Knacht, der einer Ente, die gefloht hatte, einen Koch haben als Jäger erlösen wollte, nach kurzem Wortwechsel ermordet hat.

Der Mörder läuft noch immer frei herum. Er behauptet, in Antwehr gehandelt zu haben, und der Staatsanwalt hat ihn ohne weiteres glauben gelassen.

Die Frau des Getöteten soll sich dafür antzulaufen haben, daß der betreffende Knacht noch läuft der letzte genader sei, der daran glauben muß. Noch zwei andere im Dorf würde dasselbe Schicksal treffen. Dieses eitle Frauengeweib hat auf dem Gute die Hosen an und ist

gewissermaßen der weibliche Kommandeur der bei ihr untergebrachten Baltikamer.

Sie sichert sich die Baltikamer in Pommern fühlen, geht aus einer Notiz hervor, die sie in das „Pyrziger Kreisblatt“ lanciert haben. In dieser Notiz wird die Werdorlat als Heldentat der Rotwehr förmlich gepriesen. Dann heißt es:

„Die übrigen Arbeiter des Gutes nahmen infolge dieses Vorfalles, wie immer wohl in solchen Fällen ausgeht durch einige Räbelsführer, eine drohende Haltung gegen die übrigen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft auf dem Gute ein und verlangten deren sofortige Entfernung. Infolge des kameradschaftlichen Zusammenhaltens der Arbeitsgemeinschaft in der ganzen Umgebung standen sie jedoch bald von diesem törichtem Verlangen ab. Es ist immer dasselbe Bild: wenn die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Rogbach, gegen die seit jeher von der gesamten linksstehenden Presse in maßloser Weise geheut wird, ihre Pflicht als Wächter tun oder sich in berechtigter Notwehr energisch ihrer Pflicht wehren, zeigt sich die Wirkung der Heße der sozialdemokratischen und demokratischen Presse: selbst sonst verständige Arbeiter stimmen mit ein in den Ruf: „Fort mit den deutsch-nationalen Baltikamern!“ Der einzige Erfolg davon ist, daß die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft immer fester zusammengeschweißt werden. Sie werden auch weiter ihre Pflicht tun und sich nicht an den Wagen fahren lassen.“

Als offene Drohung mit neuen Mordtaten!

Aus Versehen wird uns geschrieben, daß, wenn die Arbeiter von Jagow und Umgegend so bewaffnet gewesen wären, wie die 80 Baltikamer, es zu einem Bürgerkrieg mit den Baltikamern gekommen wäre.

Entwaffnung der Segenrevolution, Bewaffnung der Arbeiterschaft, das ist die Forderung des Offiziers Briefes der SPD, auf dessen Boden sich die Arbeiter zur proletarischen Einheitsfront zusammenschließen müssen.

### Rüstung auf das neue Baltikumabenteuer.

Unsere Reichstagsfraktion hat im Reichstage folgende kleine Anfrage eingereicht:

Ist der Reichsregierung bekannt, daß in Berlin in der Nähe des südlichen Obdach Fräuleinstraße beim Gastwirt Radde, Wilsstraße 37 und im Obdach selbst verlebte Arbeiter auftraten und ehemalige Reichswehrsoldaten sowie Baltikamer angeworben wurden?

Ist der Reichsregierung ferner bekannt, daß am 27. Februar 1921 vierzig Mann und am 3. März 1921 25 Mann nach Wismar abtransportiert sind resp. werden und ein Baron von Mantuffel wertlosend fünf für Transport und Verpflegung gezahlt hat? Weitere 150 Mann sollen nach angeworben werden?

Ist der Reichsregierung bekannt, daß sich in Wismar eine Kompanie unter Führung von Leutnant Sperling, welcher dem Major Bischoff untersteht, befindet?

Um Mitteilung des Berbers sind die Truppen für Wismar bestimmt und befindet sich die Oberleitung in Händen des Generals von der Goltz. Bis zum endgültigen Abtransport werden die angeworbenen Leute auf dem Gütern untergebracht.

Was bedeutet die Reichsregierung zu tun, um dieses unehrliche Vorgehen gegen die Revolution, die Revolution

des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 und den Friedensvertrag zu verhindern?

Die Antwort auf diese Anfrage wird sicherlich nachweisen, daß erstens Werbungen überhaupt nicht stattgefunden haben, und zweitens, daß es sich lediglich um Anwerbungen von landwirtschaftlichen Arbeitern gehandelt habe!

### Die neue Steuerflut.

Die vor den preussischen Landtagswahlen gestifteten in den Mantel der Undurchbringlichkeit gehüllten neuen Steuerpläne gewinnen jetzt, nachdem die Schlacht geschlagen, Gestalt und Leben. Dem Reichstage werden in den nächsten Tagen die beiden ersten und großen neuen Verbrauchsabgaben zugehen. Geplant ist ein Süßstoffmonopol, das dem Reich jährlich 100 Millionen Mark einbringen soll und eine Erhöhung der Zuckersteuer von 14 Mark pro Zentner auf 100 Mark. Sie soll ein Jahreserträgnis von rund einer Milliarde Mark abwerfen.

Damit ist der Anfang der neuen steuerlichen Verteuerung der proletarischen Lebenshaltung gemacht. Sie ist notwendig geworden, weil die Besitzheuerer infolge ihrer planmäßigen Sabotage allmählich abgebaut wurden. Nun geht es wieder mit Riesenschritten an die Verwirklichung des Bismarckschen Steuerdeals, alle öffentlichen Lasten durch indirekte, also Verbrauchsabgaben aufzubringen. Es kommt aber noch darauf an, was das Proletariat dazu jagen wird.

### Arbeiter sind vogelfrei!

Der Besitzer des Münchener Hotels „Zu den drei Raben“, Festsal, hat Ende vorigen Jahres während eines Märscherzuges vor einer hiesigen Wache auf einen Streifen einen Schuß abgegeben. Er stand nunmehr am 2. März wegen Rötigung, unerlaubten Waffentragens und wegen Schießens vor Gericht. Das Gericht sprach gegen Festsal wegen Abgabe eines „Schreckschusses“ eine Geldstrafe von 10 Mark aus (!). Arbeiter sind vogelfrei. So will es die Justiz in der bayrischen Ordnungszelle der Herren Räter und Fahr.

### Don Alfonso an Don Strige.

Berlin, 5. März. König Alfons von Spanien hat an den Präsidenten Ebert, den er mit „großer und guter Freund“ anspricht, ein Schreiben gerichtet, worin er versichert, daß sein Dankschreiben für die von Spanien während des Krieges geleistete Arbeit zum Besten der deutschen Soldaten für ihn die schönste Belohnung für alles sei, was er im Dienste der Menschlichkeit an den Deutschen getan habe. Ebert, schon im Jahre 1919 mit einem päpstlichen Segen beglückt, wandelt jetzt im Schatten von Königen. — Ebert als Wilhelm-Erbe.

### Don Schlachtfeld der Arbeit.

Saargemünd, 2. März. Bergamene Nacht ereignete sich infolge eines schlagenden Wetters in einem Schacht ein Einsturz. Man zog aus den Trümmern die Leichen von vier Bergarbeitern hervor. Die Aufräumungsarbeiten wurden begonnen.



# Ausland.

## In den Alarmmeldungen über Sowjetrußland.

„Narben in Petersburg und Moskau!“ „Die russische Regierung gestürzt!“ so jubelt die bürgerliche Presse heute. So hat sie schon tausendmal jubelt. Ueber das, was in Sowjetrußland vor sich gegangen ist, dürfte die Rigauer Drahtmeldung des „Kul“, die durch einen Funkspruch der Posta bestätigt wird, die richtige Auskunft geben:

Die bolschewistische Presse veröffentlicht unter dem Titel „Neue weisgardtsche Verschwörung. Die Erhebung des gewesenen Generals Koslowki und des Schlachtführers Petrowpawlowski“ eine Rundgebung folgenden Inhalts:

Bereits am 13. Februar veröffentlichte der „Matin“ ein Gelsingförscher Telegramm vom 11. Februar, das einen Aufstand der Matrosen in Kronstadt meldete. Der französische Spionagedienst sollte den Tatsachen etwas voraus. Einige Tage später brach die von den französischen Geheimagenten vorausgesehen und zweifellos von ihnen vorbereitete Erhebung wirklich aus.

In Kronstadt und Petersburg wurden weisgardtsche Propagandisten verhaftet. Es wurden politische Spione verhaftet. Die „Sozialisten“ verstärkten zugleich ihre Propaganda, indem sie die Ernährung- und Hilfsmittel für ihre Zwecke ausnützte. Am 23. Februar erhoben sich die Matrosen in Kronstadt und auf dem Schlachtführer „Petrowpawlowski“. Sie nahmen eine im reaktionären sozialistischen Sinne abgefaßte Entschließung an.

Am 1. März dauerten die Unruhen auf der „Petrowpawlowski“ fort. Am 2. März trat die Gruppe des gewesenen Generals Koslowki in Tätigkeit. Ihm standen drei Offiziere bei, deren Namen noch unbekannt sind. Diese Gruppe stand offen den Matrosen bei. Der Kommandant der Flotte Kusmin, der Präsident des Sowjets von Kronstadt, und andere Vertreter der Sowjetregierung wurden verhaftet. Das zeigte deutlich, daß die „Sozialisten“ den zaristischen Generalen ihre Unterstützung gewährten. Der Rat der Arbeit und der Landesverteidigung teilte daher mit, daß General Koslowki und seine Helfershelfer „außerhalb des Gesetzes“ gestellt werden. In Petersburg wird der Belagerungszustand verhängt. Mit der Ausrückung der Regierungsmacht in Petersburg und dem Befestigen Petrograder Region ist das Verteidigungskomitee bekräftigt.

Diese Rundgebung ist von Lenin und Trotski unterzeichnet.

Die Sowjetregierung ist also nicht gestürzt, die weiße Flagge weht nicht über Petersburg und Moskau, wie das führende bürgerliche Bourgeoisblatt „Politiken“ phantasiereich schwandelt. Was geschehen ist, braucht die deutschen Arbeiter weder zu verwundern noch zu erschrecken: in der schweren Krise, die Sowjetrußland durchzumachen hat, um, von der Welt fast abgeschnitten, von Feinden umstellt, die ersten Stufen des kommunistischen Aufbaus zu erklimmen, werden proletarische und halbproletarische Schichten zeitweilig von Anulofigkeit auf ihrem schweren Wege ergriffen, und diese Stimmung haben Ententeagenten und Weißgardisten benutzt, um ein paar Arbeitergruppen zum Aufstand gegen die Sowjetregierung zu verleiten. Die Heimgattler, die den Kern der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Sowjetrußlands bildet, ist nicht verursacht durch einen Rückgang der Heimgattlerproduktion — diese ist im Gegenteil gestiegen —, sondern durch den vermehrten Heimgattlerbedarf der Industrie, die im Wiederaufbau begriffen ist. So unterscheidet sich die Krise Sowjetrußlands, die in dem Maße überwunden werden wird, als der kommunistische Aufbau fortschreitet und das Weltproletariat dem russischen zu Hilfe kommt, grundlegend von der Krise in den kapitalistischen Staaten, die in demselben Maße wie der kapitalistische Wiederaufbau fortschreitet und erst durch das Eingreifen des Proletariats gemindert werden kann.

In diesem grundlegenden Unterschied liegt die Gewähr dafür, daß Sowjetrußland auch diese Gefahr überwindet, die an die Latkraft und den Opfermut der kommunistischen Vorkämpfer auf neue die höchsten Anforderungen stellt. Mag die bürgerliche Rechte unter Mitwirkung der „Freiheit“ jubeln und heßen, in der Absicht, das Proletariat Deutschlands und der Ententeländer einzuschüchtern und vom selbständigen Eingreifen in die Wiedergutmachungskrisis abzuhalten, Sowjetrußland wird auch diese Probe bestehen. Aber es bedarf dazu in immer höherem Maße der aktiven Solidarität der deutschen und westeuropäischen Arbeiterklasse.

## Lenin über die Lage.

Moskau, 1. März. Lenin sprach vor den Moskauer Sowjets u. a. über die innere Lage. Mit dem Beginn des Frühjahrs tritt jedes Jahr eine Verschärfung der Lebensmittellage ein. Der Erfolg der Getreidelieferungen hätte neuer eine Erhöhung der Rationen erlaubt. Es sind hier ebenso wie hinsichtlich des Heizmaterials Fehler begangen worden, indem zuviel verbraucht und keine Reserven angelegt wurden. Sowjetrußland hatte aber schon schwerere Zeiten, es kennt diesen Feind, der durch mehr und eifrigere Arbeit überwunden werden wird. Nach Lenins Bericht nahm das Plenum eine Resolution an, folgenden Aufruf an die Moskauer arbeitende Bevölkerung zu richten:

„Die von der roten Armee besiegten Kapitalisten versuchen durch ihre Agenten, Sozialrevolutionäre und Menschengewinn Auslands Kräfte auszunutzen und in der Ukraine und Sibiren Händerbanden zu bilden. Sie versprechen Ueberfluß an Lebensmitteln und Heizmaterial, trotzdem sie ebenso wie wir wissen, daß ihre Versprechungen durch Außerachtlassung des wirtschaftlichen Niedergangs durch den Krieg nur leere Worte sind und nur die Vermehrung der Armut des Volkes bedeuten. Die Vertreter der Moskauer Arbeiterschaft vernichten dieses Verbrechen und stellen sich hinter die Sowjetmacht, bereit, ihr allerletzte zu geben, um die Revolution vor Narren oder Schurken zu verteidigen.“

## Sturm in der französischen Kammer.

Die französischen Kommunisten zur Londoner Konferenz.

Die Kammer besprach den Gesetzentwurf betreffend die Einberufung der Jahresklasse 1921. Der Sozialist Boncourt begründete einen Gegenvorschlag, der die Bekämpfung des Militärdienstes auf ein Jahr schon von jetzt ab bezweckt. Kriegsminister Barthou lehnte den sozialistischen Gegenvorschlag ab und bemerkte, daß dieser nur 190 000 ausgebildete Soldaten ergeben würde, während allein am Rhein und im Auslande 140 000 erforderlich seien. Der sozialistische Gegen-

# Der Prozeß gegen die Kapp-Bestien.

## 6. Verhandlungstag.

Der Zeuge Wachtmeister Eichhorn sagte aus, Walter habe bei einer Vernehmung zugegeben, daß er und andere Anulodangehörige die Inhaftierten geschlagen haben.

Lehrer Ulrich war Adjutant des Anulod, er ist der Typ eines Anulodoffiziers. Obwohl ihm alle Meldungen zugingen, weiß der Unruhige nichts von Mißhandlungen. Auf Verhaltungen, daß er zu dem Zeitpunkt in Untersuchungshaft befindlichen Anulodsoldaten Kritik geäußert habe: „Verzagen Sie nicht, wir werden Ihnen das hier anrechnen,“ gerät er in Widersprüche. Er behauptet, die Anulodsoldaten seien durch verheerende Artikel verschiedener Zeitungen politisch infiziert gewesen und sagte im selben Atemzuge, daß nach seiner festen Ueberzeugung von Politik im Anulodkorps keine Rede sein konnte.

Zerhaupt hat das Anulodkorps sich immer tadellos benommen.

Das ginge ja auch daraus hervor, daß Severing dem Anulodkorps nach den Infrakämpfen (bei denen nach Aussage eines Anulodsoldaten geraubt, geplündert und Leichen geschändet wurden)

## den wärmsten Dank

für die vorzüglichen Leistungen ausgesprochen habe.

Zeuge Feuerstein ist im Generalkommando mit Knüppeln und Peitschen trainiert worden. In der Folterkammer mußte er ohne Nahrung stundenlang mit dem Gesicht an der Wand stehen, auch da wurde fortwährend geschlagen, es war ein fortwährendes Schreien und Stöhnen.

Der Kriegsveteran Plunkle, der schweren Bauch- und Hüftenschuß hat, wurde am Genick gepackt,

seine Frau wurde niedergestossen und ein Offizier sagte:

„Leg Dich hin, Du Schwein.“

Auf dem Wege nach der Folterkammer und oben gab es Schläge. Alle drei Angeklagten waren anwesend. Ein Mitgefangener wurde mit gefährlichen Werkzeugen mißhandelt und mit aller Wucht gegen den Ofen geworfen, daß der ganze Ofen klappte, Wiskup und Bressla schlugen mit den verschiedensten Gegenständen auf ihn ein.

Zeuge Elias war Schreiber im Generalkommando und hat alles aus nächster Nähe beobachtet. Die Anulodsoldaten hätten in größtmöglicher Weise die Gefangenen mißhandelt.

Besonders hervorgerufen hat sich Walter, der sich fast dauernd mit den Gefangenen „beschäftigte.“

Einem Gefangenen spuckte er wiederholt ins Gesicht, schlug ihn mit der Faust und trat ihn ins Gesicht.

Die anwesenden Offiziere sagten: „So ist's recht, immer feste.“

Auch Anulod sah den Mißhandlungen zu. Mit Peitschen, Gummiknütteln und eisernen Stangen und Hämmern ist gemißhandelt worden. Der Angeklagte Walter streitet alles ab und versucht vergebens den Zeugen zu verächtigen.

Der die Voruntersuchung führende Untersuchungsrichter hat den begründeten Eindruck gehabt,

vorschlag wurde darauf mit 407 gegen 146 Stimmen abgelehnt.

Dann verlas eine Erklärung der sozialistischen Gruppe, die die Verantwortung für die Folgen der europäischen Politik der Regierung ablehnt. Renaud, ein Kriegsveteran, verlas eine kommunistische, noch schärfer gefasste Erklärung, in der es heißt, daß man die Urheber des Vertrages von Versailles vor Gericht stellen müsse, und daß man dem Kampfe zwischen dem französischen und dem deutschen Imperialismus beizuhelfe. Die ganze Kammer, mit Ausnahme der Kommunisten, geriet in lebhaften Zorn. Der Redner wurde zur Ordnung gerufen. Barthou steigt auf die Tribüne. Er protestiert energisch gegen die von dem kommunistischen Redner gesprochenen Worte, namentlich gegen die Behauptung, der französische und der deutsche Imperialismus ständen einander gegenüber. Die Rede Renauds sei unzulässig. Wäre er an seinem Platze geblieben, ohne darauf zu antworten, so hätte das Land ihm seine gleichgültige Haltung zum Vorwurf machen können. Es sei eine Beleidigung, die man nicht hinhinnehmen dürfe, denn über ihre Personen hinaus richte sie sich gegen Frankreich. Frankreich sei überfallen worden, und zwar unter Bedingungen, daß die Kammer einmütig dagegen Stellung genommen hätte. Auch in diesem Augenblick gebe Frankreich den Beweis der Mäßigkeit. Deshalb könne er Frankreich nicht beleidigen lassen. Der kommunistische Protest sei eine Schande, er sei das Echo der von Minister Simons jenseits des Rheins unternommenen Kampagne.

Den französischen Kommunisten geht eben das proletarische Interesse über das „nationale Ehrgefühl“, gegen die „Wiedergeburt der Lage von 1914“ in Berlin und Paris sind wir durch die dritte Internationale geeit.

## Amerika und der Wiedergutmachungskonflikt.

Die „Chicago Tribune“ meldet, daß das Programm Harding, des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, der heute sein Amt antritt, folgende Punkte enthalte:

1. Friedensschluß mit Deutschland in Uebereinstimmung mit der Entscheidung Solbes, die von Wilson verworfen worden war.
2. Einreichung von Vorschlägen an die ausländischen Regierungen bezüglich einer Uebereinkunft zur Beschränkung der Rüstungen.
3. Gründung eines internationalen Gerichtshofes.
4. Einberufung einer internationalen Konferenz zur Regelung derjenigen politischen Angelegenheiten, die nicht in den Wirkungsbereich des Gerichtshofes fallen. Die Konferenz soll die Maßnahmen besprechen, um zum Weltfrieden zu gelangen.

daß die Anulodbanditen vor der Vernehmung beschuldigt worden seien.

dem alle Spielzeuge sagten ganz gleichmäßig aus. Im allgemeinen konnten sie sich auf absolut garnichts mehr einlassen. Zwei Punkte jedoch, wodurch die Angeklagten sehr entlastet wurden, gaben sie bis ins kleinste Detail ganz übereinstimmend wieder. Sie sagten alle übereinstimmend aus, Wiskup sei erst am 16. März ins Generalkommando gekommen, da er solange in Urlaub war (Wiskup wurde später überführt, daß er schon vorher von Urlaub kam) und daß die bewußte Patrouillenfahrt nach Metzdorf (wo die Anulodstrategen die rote Armee suchten und nicht fanden) bestimmt ausgeführt wurde.

(Ja, ja, das ist sehr komisch.)

Es folgten dann lange Erörterungen, ob und wie lange Wiskup sich am 16. März (nach der Schieberet auf der Schweidnitzer Straße) bei der Familie Ridel, Junkerstraße, aufgehalten hat. Dabei stellt sich heraus, daß der mutige Folterknecht Wiskup doch ein recht feiges Subjekt ist, wenn er sich nicht wehrlosen Leuten gegenüber behandel.

Aus Angst hat er sich in ein Haus in den vierten Stock geflüchtet und ist dort solange geblieben, bis ihn eine verfluchte Patrouille abholte.

Der Zeuge Tischler Peter ist in den Nachkeller des Generalkommandos gestochen worden, unter dem Schimpfworten verfluchtes Kack usw. wurde er ins Gesicht geschlagen. Auf der Treppe und in der Folterkammer gab es Hiebe mit Gummiknütteln. Walter schlug ihn mit der Faust ins Gesicht, auch die anderen Gefangenen wurden unmenshlich gemißhandelt.

Walter und drei Leute sind über einen hergefallen und schlugen ihn solange mit Handgranaten, bis er zusammenbrach. Auf Befragen des Vorstehenden, warum er sich nicht früher gemeldet habe, erklärte er, kein Fortrauen zur heutigen Klassenjustiz zu haben.

Die Verhandlung wurde auf Montag früh neun Uhr vertagt.

Herr S a m p e fühlte sich veranlaßt, uns folgende Berichtigung zu senden:

In Nr. 53 Ihrer Zeitung, vom 4. März 1921, bringen Sie in dem Bericht über „Der Prozeß gegen die Kapp-Bestien“ auch meine Zeugen-Aussage. Ich soll danach ausgesagt haben, „daß sich auch Offiziere an diesen Rohheiten ganz hervorragend beteiligten“. Diese Wiedergabe ist falsch. Ich habe nur in einem Falle gesehen, daß ein Offizier einen Gefangenen und zwar mit der Hand geschlagen hat. Aus dem amtlichen Protokoll dürfte sich dies einwandfrei ergeben.

Diese Berichtigung ist eine Bestätigung dessen, was wir berichtet haben. Wir betrachten es als ganz hervorragende Rohheiten, wenn Offiziere, die „Elite der Nation“, wehrlos und unschuldig Gefangene schlagen und wenn es auch und einmal und nur mit der Hand ist.

Die deutsche Bourgeoisie möchte an dies Programm ganz neue Hoffnungen auf die Hilfe Amerikas knüpfen. Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt im Zeitdruck eine Meldung ihres New Yorker Korrespondenten, daß Wilson der französischen Regierung einen Protest gegen die Besetzung deutschen Gebiets gesandt habe, daß Harding dieselbe Warnung vertraulich an Briand wiederholt und angedeutet habe, die amerikanische Regierung beabsichtige nicht, sich an weiteren Besetzungsplänen zu beteiligen.

Die deutsche Bourgeoisie wird sich wieder einmal irren. Wenn eine solche Mitteilung von Amerika ausgegangen ist, beweist nur um so mehr, daß die amerikanischen Kapitalisten ihre Hände aus Europa zurückziehen, um die europäischen Bankrottentz allein ihrem Schicksal zu überlassen.

## Internationales.

### Die Aktion der französischen Kommunisten gegen das Entente-Kapital.

Unsere französische Bruderpartei kämpft gegenwärtig mit größtem Eifer gegen die verbrecherischen Pläne des Entente-Kapitals. Jeden Tag wird in der kommunistischen Presse die Heuchelei der französischen Regierung entlarvt. „L'Humanité“ hebt hervor, daß der französische Bourgeoisie die wachsende Revolutionierung des Proletariats peinlich sei, und so wolle man die innere Krise durch ein außenpolitisches Abenteuer ablenken. Aber das sei ein gefährlicher Versuch, wie die Geschichte der beiden Napoleons lehrt. „Demgegenüber fordert das Proletariat die Befestigung des Vertrages von Versailles, genau so wie Debel und Liebknecht 1871 von Befestigung des Frankfurter Friedensvertrages verlangte, und wir wissen, daß die Arbeitermassen Frankreichs genau so wie die Arbeitermassen Englands hinter dieser Forderung stehen.“

## Gewerkschaftliches.

### Wie der Breslauer Metallarbeiter-Verband die Löhne herabsetzte.

Wir brachten am 1. März ein Schreiben der Ortsverwaltung Breslau des DRR, in dem dem Betriebsrat mitgeteilt wird, daß auf Grund der Feststellung des Breslauer Sachverständigen die Preise für die notwendigen Bedarfsgegenstände zurückgegangen seien. Als Folge dieses Preis-



Widriges wird den Kollegen angekündigt, daß ab 1. März rückwirkend von den Februarlöhnen 10-20 Pfennige pro Stunde abgezogen wird.

Jetzt bekommen wir die Nachricht, daß die Ortsverwaltung dieselbe Schreiben an die Unternehmer geschickt hat, mit folgendem Nachsatz:

Wir bitten davon (s. „Schles. Arb.-Ztg.“ v. 1. März) Kenntnis zu nehmen, sollen Ihnen oder anheim, entgegenkommender Weise von einem Abzug für den Monat März abzusehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Breslau. gen.: Hausle.

Wir sehen hier deutlich die Frucht der von der letzten Generalversammlung des D.M.A. abgelehnten, aber auf Hinterbänken wieder eingeführten Arbeitsgemeinschaft. Anstatt die Arbeiter über die noch immer ungemindert bestehende Forderung und elende Lage aufzuklären und sie zum Kampf zu führen, haben sich die Bürokraten mit der Kompakterung des Lohnamtes als einer gegebenen Tatsache ab.

Im Laufe dieser Bettelei verleiht Herr Hausle mit den Unternehmern. Er empfiehlt ihnen Entgegenkommen. Ganz arbeitsgemeinschaftlich — nur keinen Barm gemacht. Die verlogene Statistik des Lohnamtes mußte dazu herhalten, den Verhandlungsgegenstand die Lohnherabsetzung schwachhaft zu machen. Die Bettelei bei den Unternehmern soll den gleichen Zweck erreichen.

Arbeiterverrat, anders kann man das nicht bezeichnen.

### Aus der Provinz.

Tagung des Bezirksausschusses.

Mittwoch, den 9. März, vormittags 9 Uhr, im Parteibüro.

- Tagesordnung: 1. Die politische Lage und unsere Partei. Ref.: Genosse Becker. 2. Die Organisation der Partei in Schlesien. Ref.: Genosse Klein. 3. Anträge und Wahlen. 4. Kasienbericht. 5. Verschiedenes.

Die wichtige Beschlüsse gefaßt werden, ist die Anwesenheit aller Mitglieder des Bezirksverbandsausschusses, der Bezirksleitung sowie aller Sekretäre erforderlich.

Die Bezirks-Verbands-Tagung. Bezirk VI, Schlesien.

Arbeitslosenversammlung in Waldenburg. Am Donnerstag, den 8. März, fand im Schützenhaus in Waldenburg eine öffentliche Arbeitslosenversammlung statt.

Der Bezirksausschuss hat sich am Donnerstag über das mangelnde Entgegenkommen von Behörden und Unternehmern. Die Behörden machen nicht Schritt bei dem Unterbringen der Arbeitslosen in den Betrieben und die Unternehmer suchen sich aus der Not heraus, was ihnen am besten gefällt. Er vergaß aber zu sagen, daß gerade die SPD-Leute, die ja von oben bis unten an der staatlichen und kommunalen Futtertrappe mitheßen, an diesen Zuständen infolge mangelnden Kampfes einen großen Teil Schuld tragen.

Als zweiter Redner befaßte sich Genosse Konieczny mit dem Arbeitslosenproblem vom Standpunkt des Kommunismus. Die

Arbeitslosigkeit ist eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie. Sie kann entgültig erst beseitigt werden, wenn durch die Machtentfaltung der Arbeiter die kommunistische Bedarfsdeckung aufgedrückt wird. Um aber das Elend der Arbeitslosen schon im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft zu lindern, ist es notwendig, daß Arbeitende und Arbeitslose zusammen stehen, und gemeinsam die Sabotagen der Unternehmer und die Unfähigkeit der Behörden bekämpfen müssen. Wenn die Kollegen in den Betrieben und auf der Straße gemeinsam arbeiten, dann läßt es sich nicht vor, daß ähnlich wie bei Dornig, Berlin-Regel, sich die Arbeitslosen, getrieben von der Not, gegenseitig unterdrücken.

Um aber die Gewerkschaftskollegen für das Elend der Arbeitslosen zu interessieren, ist es notwendig, daß der widerstrebenden Gewerkschaftsbürokratie gehörig der Marsch geblasen wird. An der Umwandlung der Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganisationen müsse jeder Kollege mit Eifer mitarbeiten.

Die demagogischen Mittel, die der SPD-Mann Dirsch anwandte, fanden keinen Anklang. Dies bewies die Wahl zum Arbeitslosenrat. Es werden gewählt die Genossen: Konieczny, Franz und Fuhndorf.

Ferner wurde beschlossen, daß die Arbeitslosen sich durch den Arbeitslosenrat selbst kontrollieren. Die Stadt sei verpflichtet, einen geeigneten Raum zur Verfügung zu stellen.

### Lokales.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung entspann sich gelegentlich der Anfrage des Reichssozialisten Frey über die Mißstände im Wohnungskommissariat eine außerordentlich lebhaft politische Debatte.

Nachdem Frey seine Ausführungen beendet hatte, antwortete der Oberbürgermeister Dr. Wagner und bestätigte, daß tatsächlich Wohnungsbedingungen vorzukommen wären, bedauerte aber, daß die Berichte einen solchen Mangel an Energie gerade in der Verfolgung dieser Vergehen gezeigt hätten; u. a. hat es in einem Falle 2 Jahre gedauert, ehe es überhaupt zu einer Verhandlung kam, und Strafen von 5 Mk. bis 200 Mk. wirkten in keinem Falle abschreckend.

Die bürgerlichen Stadtverordneten Haffpaap (Dem.) und Hujatoroski (Deutschnational) ließen ihrer Erbitterung über die Zwangsversteigerung des Wohnungswesens freien Lauf und behaupteten, daß politische Momente in diese rein wirtschaftliche Frage hineingetragen würden. Dr. Hujatoroski wurde aber selbst bald politisch und rief der Linken zu, daß sie seit der Revolution nichts getan habe. Sie habe kein Schaffen gezeigt — erst die kommende bürgerliche Regierung würde fähig sein, schaffend zu wirken.

Hierauf erhielt Gen. M. Grunichwitz das Wort. Er führte folgendes aus: Die beiden bürgerlichen Redner haben vorhin behauptet, daß in diese Debatte politische Gesichtspunkte hineingetragen worden sind. Sie scheinen nicht zu wissen, daß gerade die Wohnungsfrage eine eminent wichtige politische Frage ist.

Sie rufen der Linken zu, daß sie nichts geschaffen habe seit der sogenannten Revolution, aber wenn Sie, ausgerechnet Sie von der deutschnationalen Partei von Schaffen sprechen, so klingt das wie blutiger Pöhn. Sie haben 5 Jahre bewiesen, daß Sie ausgezeichnet zu sprechen verstehen. Sie haben durch Ihre Kriegführung dem Elend der Arbeitslosen die Krone aufgesetzt. Von Ihrem Schaffen haben wir mehr als genug.

Herr Frey hat wachst gesagt, daß die Einrichtung des Wohnungskommissariats schon dadurch zu einer fast wertlosen wurde, daß man dem Wohnungskommissar die diktatorische Gewalt verleiht hat, die allein ausreichend gewesen wäre, um wirklich durchzugreifen zu können. Zu allem Ueberflus hat man den Wohnungskommissar, den ich persönlich als ehrenhaften Mann mit bestem Willen kenne, auch noch das Mietseingangsamt auf die Nase gesetzt, das lediglich dazu da zu sein scheint, daß es die Maßnahmen des Wohnungskommissars in ihr Gegenteil verkehrt und so das ganze Kommissariat zu einer Komödie macht.

Herr Frey rief den Ruf nach der Justiz aus. Nun, der Herr Oberbürgermeister hat ihn ja bereits gesagt, was man von der bürgerlichen Klassenjustiz bei der Verfolgung von Vergehen eben dieser bürgerlichen Klasse erwarten kann. In weitesten Kreisen des arbeitenden Volkes ist man mit jenem Urteil über die Art der Rechtsprechung in Deutschland bereits fertig und die

gegenwertig schwebenden Prozesse bestärken alle die, die kein Vertrauen mehr zur preußischen Justiz haben, in ihrer Ansicht. Der Mord-Prozess ist ja ein Musterbeispiel dafür! Was meinen Sie wohl: würde man mit Kommunisten, die durch irgend einen Spießel denunziert worden sind, auch 2 Jahre lang warten, ehe eine Verhandlung stattfindet — von dem Strafmaß ganz abgesehen?

Den Wohnungslosen kann ich nur rufen: Erwartet keine Rettung, keine Lösung der Wohnungsfrage von den Vertretern des Kapitals! Nicht eher wird das Elend des Proletariats sich wenden, als bis das bis ins Innerste Markt hinein verfaulte, verrottete System zertrümmert wird, bis anstelle der verkommenen bürgerlichen Gesellschaft, die hinter der Maske von Gerechtigkeit und Moral Lüge und gemeine Korruption treibt, das Proletariat die Macht ergreift.

Behafteter Beifall auf den Tribünen. Der Zentrumsmann Perich spielte wie gewöhnlich den weisen Mann, wies auf die Verhältnisse in Rußland hin, wobei ihm Genosse Grunichwitz zurief: „Waren Sie denn dort?“, wußte aber keinen Ausweg zu zeigen. Derabgen. erfrischend wirkte sein Fraktionskollege, der Zentrumsmann Paul, der erklärte, diese Korruption im Wohnungswesen wäre nur dadurch möglich, daß keine Beamten, sondern nur gegen Privatvertrag Angestellte im Wohnungswesen tätig seien. Empathisch rief er unter tosendem Beifall des ganzen Hauses: „Wir Beamten haben mit Bedauern gesehen, daß nach der Revolution die Fenster der Amtsstuben weit geöffnet wurden, um frische Luft hinein zu lassen. Die Korruption — das ist die frische Luft, die hereingekommen ist — aber wir haben inzwischen die Fenster wieder fest zugemacht!“

### Lebensmittelverteilung.

a) Voranmeldung.

Lebensmittelmärkte R 42 für Butter bis spätestens Sonnabend, den 12. März 1921.

b) Verteilung vom 10. bis 22. März:

- 1. Speck auf Lebensmittelmärkte R 89. 2. Weizengrieß und Feigwaren, auf Lebensmittelmärkte R 40. 3. Weizengrieß auf Nahrungsmittelmärkte 234 weiß und Zusatznahrungsmittelmärkte 41 für Mütter. 4. Gezuckerte Kondensmilch, Wäpfe 9,50 Mk. Nahrungsmittelmärkte 234 rot, in den 7 Krankenvorfassstellen.

c) vom 9. bis 19. März 1921:

- 5. 1 Pfund Amerik. Weizenmehl, auf Lebensmittelmärkte R 44. d) vom 19. bis 22. März 1921:

6. Butter auf Lebensmittelmärkte R 42. Die Verteilungen finden von jetzt ab nicht mehr wöchentlich, sondern zweiböchentlich, also von Donnerstag bis Dienstag der übernächsten Woche statt.

Im Übrigen wird auf die Bekanntmachung an den Umschlageskäten verwiesen.

### Versammlungskalender.

Distrikt 3. Distriktversammlung am Mittwoch, den 9. März, abends 7 1/2 Uhr, Rosenstraße 27. Tagesordnung: Wahlen, Referat und Berichtedes.

Ortsgruppe Freiburg. Mittwoch, den 9. März, abends 7 Uhr, bei Buchwald, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

### Sammlung für Notarmisten.

Ortsgruppe Breslau, Liste Nr. 1204 22.— Mk., Liste 1205 35.— Mk., Liste 1209 57,50 Mk., Liste 1229 122,70 Mk., v. d. Arbeit. d. Schles. Dampfer Kompagnie, Liste 1258 16,50 Mk., Liste 1271 25.— Mk., Liste 1279 3.— Mk., Liste 1291 15,50 Mk., Liste 1296 92,50 Mk., Liste 1296 28.— Mk. Einzelsammlungen. Mitgliederberf. v. d. E. B. 101,40 Mk., Betr.-Berf. M. Fröb. 48,20 Mk., M. B. 40.— Mk., Wagner, Weigelsdorf, 56,10 Mk., Genosse Meyer 50.— Mk., durch Genosse (Fortsetzung folgt)

Herausgeber: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Neubert, für Julerate: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Hübel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater. Dienstag 7 Uhr. Das Heringgold. Mittwoch 7 Uhr. Zorca.

Kobe-Carater. Dienstag 7 1/2 Uhr. Die Fahrt ins Blaue.

Chalis-Carater. Dienstag 7 1/2 Uhr. Schühlerabend.

Schauspielhaus. Opernabende. II. R. 25-15. Freitag 7 1/2 Uhr. Die kleine Major. Dienstag 7 1/2 Uhr. Der letzte Kaiser. Samstag abend 7 1/2 Uhr. Die Gladesfürkin.

Liebig-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr. Der große Erfolg des März-Programms.

Helios-Kino. Scharfstraße 2/4. Spätkino von Montag, den 1. u. 2. März. Das Heldenspielen der Fräulein.

Wiederverkäufer! Schruppe, Seifen u. Wäsche, in schmecklichen, preiswerten, allseitigen, zuverlässigen, Spezialität: Gummi 200 in 100 St. — M. Erlöse 100 Stück 42.— M. Schruppe, Seifen u. Wäsche, in schmecklichen, preiswerten, allseitigen, zuverlässigen, Spezialität: Gummi 200 in 100 St. — M. Erlöse 100 Stück 42.— M.

Alt-Metalle. Kauf Otto, Spätkstr. 8.

Matthias-Kino. Matthiasstraße 31 und Mollkestrasse 9.

Von Stufe zu Stufe bis in den Tod. 6 Akte. Stendrama. Ferner: Napoleon und die kleine Wäscherin. Komödie. 4 Akte.

Achtung! Wo? Kauf man neu und geht. Bild sowie ganz Einrichtungen an billigsten und vorzüglichsten! Bei H. Kluge, Mollkestr. 12, am 1. Okt.

Wiederverkäufer! Schruppe, Seifen u. Wäsche, in schmecklichen, preiswerten, allseitigen, zuverlässigen, Spezialität: Gummi 200 in 100 St. — M. Erlöse 100 Stück 42.— M. Schruppe, Seifen u. Wäsche, in schmecklichen, preiswerten, allseitigen, zuverlässigen, Spezialität: Gummi 200 in 100 St. — M. Erlöse 100 Stück 42.— M.

Wiederverkäufer! Schruppe, Seifen u. Wäsche, in schmecklichen, preiswerten, allseitigen, zuverlässigen, Spezialität: Gummi 200 in 100 St. — M. Erlöse 100 Stück 42.— M. Schruppe, Seifen u. Wäsche, in schmecklichen, preiswerten, allseitigen, zuverlässigen, Spezialität: Gummi 200 in 100 St. — M. Erlöse 100 Stück 42.— M.

Jeder Kommunist trägt den Sowjetstern, Abzeichen der 3. Internationale und Wappen der russischen Arbeiter und Bauern. Rot emailliert, Gr. 1/3 als Nadel und Brosche Preis 5.— Mk. Parteiorganisationen erhalten Preisermässigung. Alleinvertrieb für Deutschland durch die Kommunistische Jugend Deutschlands. Kommunistische Bucherei, Breslau, Gräbschener Str. 45.

Wieder eingetroffen: Taschenkalender für Kommunisten 1921. Preis schön gebunden 12.—. Am dem Inhalt: Kalender für das Jahr 1921 — Aus dem Spartakusprogramm — Die Rolle der Kommunistischen Partei — Die Aufgaben der Partei — Verhältnisse der Kommunisten — Parteiarbeit — Parteileben — Adressen — Telefon Adressen — Buchverzeichnisse. Zu beziehen durch: Komm. Bucherei BRESLAU 5, Gräbschener Strasse 45.

4 Kampflieder. Die Arbeitsmänner Arbeiter-Marseillaise Die Internationale Die rote Fahne als Doppelpostkarte gedruckt M. — 20 20 Stück . . . . . 12,50 100 . . . . . 25.— 200 . . . . . 48.— Komm. Bucherei BRESLAU 5, Gräbschener Strasse 45.

Zur Schulentlassung. Das beste Geschenk für die Schulentlassung ist ein gutes Buch. Demnächst erscheint: Mein Genosse. (Ein Buch für die schaffende Jugend.) Preis 8.— Mark. Herausgegeben von der Kommunistischen Jugend Deutschlands. Enthält eine gute Auswahl revolutionärer Dichtungen sowie Einführungen in die proletarische Weltanschauung, sowie in die Aufgab. u. Kämpfe d. Proletariats. Ferner erscheint: Mit Hammer und Sichel. Flugschriften der Kommunistischen Jugend Deutschlands. Heft 1: Arbeiter, Bauer und Spartakus. Ein Bühnenspiel von Georgi. Preis 0,50 Mark. Weitere Hefte sind in Vorbereitung. Verlag Junge Garde Berlin C. 2. Stralauer Str. 12.

Geschlechts-krankheiten jeder Art (Harnröhrenentzündung, Syphilis, Gonorrhoe, etc.) werden sich sofort verunsichert an Dr. med. Damman's Heilmittel. Berlin S. 26. Postfach 1228. Sprechstunden: — 11 u. 2-4, Sonntag 10-11 Uhr. Befreiende Besuche mit tausenden freier Dankschreiben und Angabe bewährter Heilmittel (ohne Quecksilber u. andere Gifte, ohne Einspritzen, ohne Berührung) gegen 1.— Mk. (Billet) in versch. Kartent ohne Abzahlung. Leiden gesund!